Erneuerbare Energie: Windiges Problem für den deutschen Wald*

Wegen der kaum noch vorhandenen Akzeptanz von weiteren Windparks in der Bevölkerung und aus Mangel an sogenannten Vorrangflächen für den Bau neuer Windkraftanlagen drängen die Energiekonzerne verstärkt auf den Bau von Windparks in Wäldern. Laut dem Bundesverband Windenergie (BWE) hat der starke Rückgang der Genehmigungszahlen in den vergangenen drei Jahren zu einem „enormen Nachholbedarf“ geführt.

Zwar haben Bürger theoretisch auch bei Windkraftprojekten in Wäldern ein Mitspracherecht, jedoch liegen die Hürden für ein „berechtigtes Interesse“ sehr hoch, was sich zuletzt am Beispiel des hessischen Reinhardswalds gezeigt hat. Als „Anwälte“ der Wälder gegenüber der mächtigen Windlobby bleiben de facto nur die Naturschutzverbände, von denen aber bisher nur der Naturschutzverband Deutschland (Nabu) gelegentlich als Kläger gegen Windparkprojekte auftrat.

Generell sind BUND und Nabu aber mit der Preisgabe von Waldgebieten für den Bau von Windanlagen einverstanden, was selbst Funktionsträger dieser Organisationen schon veranlasst hat, ihre Mitgliedschaft zu kündigen.

Derartige Vorhaben sind in mehreren Bundesländern verboten, so in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In Thüringen besteht ein solches Verbot nicht, aber es drehen sich nur zwei Windräder in den Wäldern des Freistaats. Ein Antrag von CDU und FDP, den Bau von Windrädern in Thüringens Wäldern grundsätzlich zu verbieten, stieß Anfang Januar im Erfurter Landtag bei SPD, Grünen und Linken auf Ablehnung, während die AfD den Antrag unterstützt.

In Niedersachsen, wo Ende 2019 bereits 6.311 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 11.205 Megawatt installiert waren, wurde Anfang des Jahres das Windpark-Verbot für Wälder auf Antrag der CDU gelockert. Aus der SPD kam der Vorschlag, Windturbinen auf ausgewiesenen kahlen Flächen nach Sturmschäden und Insektenbefall zu errichten.

Damit entfiele die Vorgabe, dass Kahlflächen in Nutzwäldern aufzuforsten sind. Im Harz, wo schwerwiegende Dürreschäden infolge der anhaltenden Trockenheit verzeichnet werden, könnten somit möglicherweise bald Windräder der neuen Größenklasse mit einer Gesamthöhe von 238 Metern und einem Drehradius der Turbinen von 160 Metern aufragen und das Landschaftsbild prägen.

Die schwarz-grüne Regierungskoalition in Wiesbaden hat sich für einen radikalen Weg entschieden. Ende 2019 drehten sich 1.161 Windräder im Bundesland Hessen. Jedoch lässt sich in Hessen kinetische Energie (Wind), wenn überhaupt, nur über den meist bewaldeten Höhenlagen lohnenswert abgreifen. Neue Anlagen können kaum noch ohne Gerichtsverfahren gebaut werden.

Propeller für Grimms Märchenwald

Mit diesem Argument hat die Landesregierung im vergangenen Jahr weitere Vorrangflächen in Waldgebieten ausgewiesen, sodass man sich in Hessen jetzt mit 1,85 Prozent ausgewiesener Fläche beruhigt dem im Landesentwicklungsplan vorgegebenen Ziel nähert, wonach zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete auszuweisen sind.

Ungeachtet massiver Proteste aus der Region und ganz Deutschland hält Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) **am Vorhaben fest, den 1000 Jahre alten Reinhardswald, auch bekannt als „Grimms Märchenwald“ und „Schatzhaus der europäischen Wälder“, in einen Standort für insgesamt 50 riesige Windanlagen umzuwandeln**.

Die Grünen im Schulterschluss mit der Industrie – das empört viele Einwohner und Naturfreunde.

Die Dürre hat Folgen, auch im Reinhardswald. Den Windparkbefürwortern dienen die Waldschäden als Rechtfertigung für die Ausweisung von 2000 Hektar (20 Millionen Quadratmeter) für den Bau von 50 riesigen Windrädern. Dass diese ihre Umgebung zusätzlich austrocknen, will auf offizieller Seite niemand wahrhaben. Das Genehmigungsverfahren für die ersten 20 Anlagen hat begonnen. Doch die Projektgegner sind hochmotiviert und wollen nicht aufgeben. „Die Natur Aller fällt der Profitgier Einzelner zum Opfer“, liest man auf der Internetseite der **Bürgerinitiative „Rettet den Reinhardswald“.**

In Nordrhein-Westfalen ist die Errichtung von Windkraftanlagen in Wäldern durch einen Erlass vom 23. Mai 2018 vom Grundsatz her erschwert worden: „Die Landesregierung will die Akzeptanz für die Nutzung der Windenergie erhalten, weil sie ein wesentlicher Bestandteil für das Gelingen der Energiewende ist.“

Der Energiekonzern BayWa (Bayerische Warenvermittlung) plant jedoch weiterhin den Bau von sieben Windrädern mit einer Nennleistung von je 4,5 Megawatt im Balver Wald westlich der Stadt Balve und südlich der Stadt Hemer.

Der Balver Wald ist die höchste Erhebung der Iserlohner Höhe wie des gesamten Märkischen Oberlandes und ein beliebtes Wander- und Erholungsgebiet. Bis Februar wurden 200.000 Euro von Kleinanlegern eingesammelt, ein nur symbolischer Kostenbeitrag für den Bau der Windturbinen. Indessen fühlen sich die Stadtverwaltungen der beiden genannten Orte bei den Planungen übergangen.

==========

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 24. April 2020, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **https://www.preussische-allgemeine.de/**

==========